

OA-Update / 4, 3.3.2021

Osteuropa



Die neue Ausgabe des Osteuropa-Updates wirft bezüglich der Ukraine einen Blick auf die Themen IWF-Kooperation, Korruptionsbekämpfung, „Investment Nannies“ und auf das finanzielle Rating des Landes.. In Belarus bleiben die innenpolitischen Verhärtungen weiter bestehen und wirken sich zunehmend auf die Wirtschaft aus. Im Februar trafen sich Wladimir Putin und Aleksander Lukaschenko und besprachen die weitere Integration von Russland und Belarus.. In Georgien trat der frisch vereidigte Premier angesichts innenpolitischer Spannungen zurück, neu gewählt wurde stattdessen der 38-jährige Irakli Garibashvili. Die Tourismuswirtschaft und Gastronomie sehnen die Öffnungen ab 8. März herbei. Über die Entwicklungen in Armenien, Aserbaidschan und Georgien sprach der Ost-Ausschuss im Rahmen seines Länderarbeitskreises am 2. März 2021. In den kommenden Wochen stehen zu den Ländern unserer Region spannende Online-Veranstaltungen ins Haus. An dieser Stelle sei bereits hingewiesen auf die German Ukrainian Digital Partnership am 10. März (zur [Anmeldung](#)) auf das 4. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum mit Bundeskanzlerin Merkel und dem ukrainischen Premier Schmyhal am 19. März (zur [Anmeldung](#)) und auf das Briefing zum Status der belarussischen IT-Wirtschaft am 24. März (zur [Anmeldung](#)).

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Das **Europäische Parlament (EP)** hat am 10. Februar eine Entschließung angenommen, in der die **Umsetzung des EU-Assoziierungsabkommens** durch die Ukraine ungewöhnlich offen **kritisiert** wird. Die Parlamentarier **vermissen vor allem greifbare Ergebnisse** bei der **Korruptionsbekämpfung**, der **Verbesserung des Geschäftsumfeldes** und der **Deoligarchisierung** der Wirtschaft. Die ukrainischen Behörden werden weiterhin nachdrücklich aufgefordert, von der Ausübung politischen Drucks auf unabhängige Wirtschaftsinstitutionen und Vollstreckungsbehörden abzusehen. Als Beispiel werden die Auswechslung fast der gesamten Spitze der Nationalbank im Sommer 2020 genannt. **Positiv bewertet wird der Abschluss der Entflechtung von Naftogaz** im Jahr 2019 und die Schaffung eines rechtlich unabhängigen Gasfernleitungsnetzbetreibers. Die Stellungnahme des Parlaments entfaltet **keine unmittelbare rechtliche Wirkung, sendet jedoch sehr deutliche Signale** Richtung Kiew und weist auf neuralgische Punkte hin, die sich im weiteren Verlauf noch als kritisch für die Beziehungen erweisen könnten.

Artem Sytnyk, der Leiter des Nationalen Antikorruptionsbüros NABU, kritisierte in einem Interview Ende Februar, dass die **Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds zur Korruptionsbekämpfung** bislang **nicht eingehalten** und umgesetzt **worden sind**. In diesem Zusammenhang **stellt sich auch die Frage, ob und wann die ausstehenden Tranchen des laufenden Stand-By-Agreements** zwischen dem IWF und der Ukraine **zur Auszahlung kommen werden**. Verschiedene Beobachter halten dies mittelfristig für unwahrscheinlich, das ukrainische **Finanzministerium zeigt sich hier optimistischer**, wie der stellvertretende Finanzminister **Juri Dragantschuk im Rahmen eines Gespräches des Länderkreises Ukraine im Ost-Ausschuss erklärte**.

Die Agentur **Fitch Ratings** hat das langfristige Fremdwährungs-Emittentenausfallrating der **Ukraine mit „B“ und einem stabilen Ausblick bestätigt** (26. Februar). Als mögliche Faktoren für die Anhebung des Ratings und des Ausblicks nannte Fitch steigende Fremdwährungsreserven, eine gestärkte Zahlungsbilanz und eine Haushaltskonsolidierung. Mögliche negative Faktoren für das Rating sind eine Zunahme der makroökonomischen Instabilität aufgrund von Verzögerungen des IWF-Programms und der Umkehrung von Reformen, ein Anstieg der Staatsverschuldung aufgrund einer längeren Periode der fiskalischen Lockerung sowie politische/geopolitische Schocks.

Gegen den ukrainischen Politiker und Geschäftsmann Viktor Medwedtschuk (Chef des politischen Rates der pro-russischen Oppositionspartei Plattform - Für das Leben) und sieben weitere Personen wurden von Seiten der ukrainischen Regierung **Sanktionen verhängt**. Am 21. Februar unterzeichnet Präsident Wolodymyr Zelensky ein entsprechendes Dekret. Die Sanktionen sollen drei Jahre gelten. Grund für die Entscheidung sind Dokumente und Videos, die nach Angaben des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) **illegale terroristische Aktivitäten** der sanktionierten Personen bewiesen. Mit den Sanktionen werden einigen Fernsehkanälen die Sendelizenzen entzogen, Vermögenswerte eingefroren,

Handelsgeschäfte eingeschränkt, sowie Lizenzen zur Nutzung von Bodenschätzen aufgehoben. Auch der Transit von Ressourcen durch die Ukraine und der Abzug von Kapital aus dem Land sind verboten. Das Vorgehen ist in der Bevölkerung nicht unumstritten.

Das **ukrainische Finanzministerium** hat bei seiner wöchentlichen Anleiheauktion am 23. Februar **erfolgreich Bonds platzieren können**. Die Zinssätze für kurz- und mittelfristige Anleihen konnten dabei gesenkt werden. Diese Entwicklung deutet daraufhin, dass die **aktuelle Nachfrage nach UAH-denominierten Anleihen stark bleibt** und sich die Risikoeinschätzung der Akteure verbesserte. Generell finden Bonds der Ukraine in UAH sowie in Euro weiterhin guten Absatz.

Das **Gesetz über sogenannte „Investment Nannies“** wurde auf Initiative der ukrainischen Regierung am 25. Februar in das Parlament eingebracht. Im Rahmen des Gesetzes wird ausländischen Investoren, die **Investitionen in Höhe von 20 Millionen Euro und mehr initiieren, verstärkte Unterstützung und Rechtshilfe gewährt**. Gesonderte Konditionen für bestimmte Investoren werden von einigen Experten **kritisch gesehen**. **Notwendig wären vertrauenswürdige Rahmenbedingungen und Institutionen für alle Wirtschaftsakteure**, nationale wie internationale, anstatt bestimmte Akteure mit gesonderten Schutzrechten auszustatten.

Ab dem 6. Mai 2021 treten **Änderungen im ukrainischen Arbeitsrecht** in Kraft. Unter anderem wird das **physische „Arbeitsbuch“ abgeschafft**. Informationen zum Vertrags- und Arbeitsverhältnis werden künftig digital gespeichert. Gleichzeitig werden Verfahren bei Auflösung/Kündigung von Arbeitsverträgen eingeführt. Die Kanzlei Arzinger hat dazu [weitergehende Informationen](#) veröffentlicht.

Belarus

Im Rahmen der **Allbelarussischen Vollversammlung (ABVV)**, die am **11. und 12. Februar** in Minsk stattfand, äußerte sich Aleksander Lukaschenko im Rahmen einer Grundsatzerede zu verschiedenen Themen. Die Demonstrationen der vergangenen Monate bezeichnete er als von außen gesteuert, zeichnete ein Bild äußerer Bedrohungen, **bekräftigte den Schulterchluss mit Russland und seinen Anhängern**. Er kündigte ebenfalls an, die ABVV zu einem Verfassungsorgan erheben zu wollen und stellte **Verfassungsänderungen für das Jahr 2021 in Aussicht**, die im Rahmen eines Referendums der Bevölkerung vorgelegt werden sollte. In diesem Zusammenhang sprach er auch über einen möglichen Rücktritt, der aber nur stattfinden könne, wenn die Proteste aufhörten und seinen Anhängern und Unterstützern keine Gefahren drohten. Die Teilnehmer und Delegierten der ABVV rekrutierten sich vorrangig aus staatlichen und systemtreuen Institutionen.

Voraussichtlich im April oder Mai 2021 soll das **belarussische Kernkraftwerk (KKW) Astrawez** den vollständigen Betrieb aufnehmen. Das **Europäische Parlament** sprach sich aufgrund von Sicherheitsbedenken **gegen die Inbetriebnahme** aus. Ebenso prüfen Litauen und Lettland, wie Stromimporte aus der Produktion des KKW verhindert werden könnten. Das belarussische Energieministerium kritisierte diese Äußerungen als rein politisch motiviert.

Die **Verbraucherpreise** sind auf Grund neuer Mehrwertsteuersätze für Lebensmittel, Medikamente und bestimmte Kinderprodukte **im Januar 2021 im Vergleich zum Vorjahr um knapp acht Prozent gestiegen**. Dies teilte die Nationalbank mit. Aleksander Lukaschenko forderte, dass Apotheken, die die Steuererhöhung an Kunden weitergeben, geschlossen werden sollten.

Der wichtige **IT-Sektor soll weiter gefördert werden**. Dies teilte Premierminister Gollowtschenko mit. Ziel sei es, den Anteil der IT-Wirtschaft und wissenschaftsintensiven Branchen auf 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern.

Die **Verhandlungen zwischen Belarus und Russland**, um den **Export belarussischer Ölprodukte** künftig über **russische Häfen** abzuwickeln, schreitet voran. Das belarussische Transportministerium nahm die Verhandlungen mit den russischen Partnern im Februar wieder auf. Bisher wurden entsprechende Produkte über baltische Häfen verschifft. Dies will der belarussische Staat ändern.

Am **23. Februar trafen sich Wladimir Putin und Aleksander Lukaschenko** im russischen Sotschi. Beide sprachen nach Angaben von Kreml-Sprecher Peskow über Wirtschaftskooperationen sowie über die gemeinsame Produktion von Impfstoffen gegen Covid-19. Weiterhin standen auch Themen der **Integration beider Länder** auf der Agenda. In insgesamt 33 Bereichen wollen beide Länder enger zusammenarbeiten. **Beobachter gehen davon aus, dass zusätzlich auch über weitere Kredite Russlands gesprochen worden sei**. Belarus benötigt im Jahr 2021 Schätzungen zu Folge drei bis vier Milliarden US-Dollar, um Kredite großer staatlicher Unternehmen sowie Kredite des Staates zu refinanzieren.

Südkaucasus

In **Armenien** sieht sich Premierminister Nikol Pashinyan mit einer erstarkenden Oppositionsbewegung konfrontiert. In den vergangenen Wochen gab es in Jerewan **regelmäßig Demonstrationen mit oft mehreren zehntausend Teilnehmern**, die den Rücktritt des Premiers und Neuwahlen forderten. Zwischenzeitlich hat sich auch die Armeeführung den Forderungen angeschlossen. **Hintergrund** der **politischen Volatilität** ist der im November geschlossene **Waffenstillstand mit Aserbaidschan**. Die Kämpfe endeten mit einer Niederlage Armeniens. Pashinyan hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Verfassung und geltender Verfahren über Neuwahlen zu sprechen. **Einen Rücktritt lehnt er bisher ab**.

Unterdessen äußerten sich Vertreter des **armenischen Tourismussektor optimistisch**, dass die diesjährige **Veranstaltungs- und Festivalsaison** – mit Auflagen und Sicherheitsmaßnahmen – **im Juni beginnen kann**. Massenveranstaltungen können stattfinden, wenn entsprechende Hygieneauflagen eingehalten werden.

Am **1. März ist das Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft (CEPA) zwischen der Europäischen Union (EU) und Armenien in Kraft getreten**. Dies berichtet die Europäische Kommission. Es wurde von der Republik Armenien, allen EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament ratifiziert. Das Abkommen bildet einen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Armenien bei der Stärkung der De-

mokratie, der wirtschaftlichen Entwicklung, Umweltschutz, Bildung und Forschung. Gleichzeitig wird Armenien ab dem 1. Januar 2022 das GSP+ Schema verlassen und verliert damit den zollfreien Zugang zum EU-Markt für bestimmte Warengruppen.

Im Rahmen der **Arbeitskreissitzung Südkaukasus des Ost-Ausschusses** berichtete die neue Geschäftsführerin des Deutschen Wirtschaftsverbandes Armenien darüber, dass verschiedene Belastungen zu einem erwarteten Negativwachstum des **Bruttoinlandsproduktes (BIP) von minus 5,6 Prozent** für 2020 führen werden. Die Auswirkungen der **Corona-Krise, der Berg-Karabach Konflikt und die daraus resultierenden Fluchtbewegungen in das armenische Kernland sowie daraus erwachsende steigende Ausgaben im Bereich Sozialfürsorge** belasteten den Haushalt stark. Für das Jahr 2021 sei daher auch nur eine relativ schwach wachsende Wirtschaftstätigkeit und eine langsame wirtschaftliche Erholung zu erwarten. Gestützt wurde die Wirtschaft vor allem durch einen starken und robusten IT-Sektor. **Gezielt entwickeln** möchte die armenische Regierung die Bereiche **Wasserkraft und Solar**. Darüber hinaus seien die Bereiche **Infrastruktur, Bergbau und Gesundheit** Ziele größerer staatlicher Investitionen.

Aserbaidschans Wirtschaftsminister Mikayil Jabbarov und eine **Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF)** haben sich über die **künftige Kooperation** des Landes mit dem Fonds ausgetauscht. Das Ministerbüro teilte mit, dass im Vordergrund des Austausches **gemeinsame Initiativen zur Wirtschaftsentwicklung sowie zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie** standen. Diskutiert wurden auch die Ergebnisse der virtuellen IWF Mission vom Februar des Jahres. Wichtig sei es, die **Entwicklung des realen Sektors der Wirtschaft und des Nicht-Öl-Sektors** weiter voranzutreiben. Schritte und Initiativen zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums, steuerpolitische Fragen, einschließlich Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz wurden ebenfalls diskutiert.

Am 11. Februar 2021 hat per Videokonferenz das 7. Ministertreffen des **Beirats für den Südlichen Gaskorridor** unter Leitung der Co-Vorsitzenden, dem **aserbaidschanischen Energieminister Parviz Shahbazov** und dem **EU-Kommissar für Energie Kadri Simson**, sowie dem **EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung Olivér Várhelyi** stattgefunden. Der Südliche Gaskorridor diene dem **strategischen Ziel, die Energiesicherheit** der europäischen Länder zu erhöhen, die **Integration des europäischen Energiemarktes** weiter zu erleichtern und zur **betrieblichen Konnektivität der Gasnetze in Süd- und Mitteleuropa beizutragen** und die **Gasbezugsquellen zu diversifizieren**. Betont wurde ebenfalls die Möglichkeit einer Erweiterung des Südlichen Gaskorridors einschließlich der westlichen Balkanländer.

Anlässlich der Sitzung des **Arbeitskreises Südkaukasus** berichtet der Vorstandsvorsitzende der AHK Baku Tobias Baumann von einem **Einbruch des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von minus vier Prozent** im Jahr 2020 und einem erwarteten Wachstum im Jahr 2021 von zwei Prozent. Ausgehend von einem geringen Niveau verzeichnen die Sektoren **Agrarwirtschaft, die verarbeitende Industrie und der IT-Sektor hohe prozentuale Wachstumsraten**. Dies ist sicher auch auf die strategische Förderung dieser Branchen durch die aser-

bajdtschanische Regierung zurüdzuföhren. Mit Blick auf **strategische Infrastrukturprojekte** ist unter anderem der Ausbau der Metro von Baku und anderer Bahnstrecken geplant. Die Regierung von Aserbajdschan wünsche sich hier deutsches Engagement. Weitere öffentliche Investitionen seien ebenfalls im Bereich Wasser und Abwasser geplant.

In **Georgien** trat **Ministerpräsident Giorgi Gacharia** nach nur wenigen Wochen im Amt im **Februar zurück**. Nachdem sich die **politischen Fronten** nach der von Manipulationswürfen überschatteten Parlamentswahl von Herbst 2020 **verhärtet hatten**, wolle Gacharia nach eigenem Bekunden **mit diesem Schritt zur Deeskalation beitragen**. Wie die Deutsche Welle berichtet, boykottiert die Opposition die Arbeit des neuen Parlaments der Ex-Sowjetrepublik und hält die Abstimmung für gefälscht. Bei der Wahl war die Regierungspartei von Gacharia, Georgischer Traum, erneut als Sieger hervorgegangen. **Nachfolger** von Gacharia wurde am 22. Februar 2021 der 38-jährige **Irakli Garibashvili**, der bereits zwischen Ende 2013 bis Ende 2015 georgischer Premier war.

Das **Nationale Statistikamt Georgiens** teilte mit, dass der **Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Januar 2021** im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres 11,5 Prozent betrug. **Besonders betroffen** seien die Bereiche **Bauwesen, Transport /Logistik, verarbeitende Industrie, Hotellerie/Unterhaltung sowie der Groß- und Einzelhandel**. Wachsen konnten die Bereiche Information und Kommunikation sowie die Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Gleichzeitig **stieg die Arbeitslosenrate** weiter an und betrug im vierten Quartal 2020 durchschnittlich 20,4 Prozent. Damit lag sie um 3,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Besonders betroffen sei die Gastronomiebranche. Nach Angaben des **Verbandes der Restaurantbetreiber** verzeichnet **allein diese Branche etwa 250.000 Arbeitslose**. Positiv dürfte daher die Nachricht aufgenommen werden, dass ab dem 8. März 2021 die Restaurants im Land wieder öffnen dürfen.

Im Rahmen des **Arbeitskreises Südkaukasus** bewertete Thomas Kimmeswenger, Geschäftsführer der Deutschen Wirtschaftsvereinigung in Georgien, die Abwertung des Lari mit Blick auf Investitionsprojekte positiv, wenngleich diese für andere Bereiche auch negative Auswirkungen hätten. Mit Blick auf die **Abhängigkeit der georgischen Wirtschaft von den Bereichen Tourismus und Dienstleistungen sei eine Diversifizierung nötig**, um stabile Strukturen zu ermöglichen. Noch nicht abzuschätzen sei, **wie viele Unternehmen** nach dem Ende der Sonderregelungen für Insolvenzen **in den nächsten Monaten zahlungsfähig bleiben**. Die Sonderregelungen wurden im Zuge der Corona-Einschränkungen eingeföhrt und werden im Laufe des Jahres 2021 aufgehoben.

Konjunktur

Ukraine: Industrieproduktion der Ukraine sank im Januar 2021 um vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Dezember 2020 wurde noch ein Plus von 4,8 Prozent durch das Statistikamt registriert. Weitere Sektoren im Jahresvergleich Januar 2020/2021: Verarbeitendes Gewerbe: - 6,5 Prozent; Metallurgie: - 3,9 Prozent; Maschinenbau: - 9,8 Prozent;

Nahrungsmittelproduktion_ - 8,4 Prozent; Chemieproduktion: + zehn Prozent; Pharmaproduktion: + 21,4 Prozent; Bergbau: - drei Prozent (u.a. Kohleproduktion: - 4,5 Prozent; Öl- und Gasproduktion: - 4,8 Prozent).

Die **Experten von Concorde Capital äußern sich überrascht, dass das schnelle Wachstum der Realeinkommen der Bevölkerung und des Einzelhandelsumsatzes in der Ukraine nicht zu einer Leistungssteigerung der Lebensmittelindustrie führte.** Im Jahresvergleich stiegen die Haushaltseinnahmen im Januar 2021 um 21 Prozent.

Armenien: Der **Index der wirtschaftlichen Aktivität** Armeniens ist im Januar 2021 im Vergleich zum Januar 2020 **um 7,5 Prozent gesunken**, wie das Nationale Statistikkomitee des Landes mitteilte. Die **Industrieproduktion ging im Jahresvergleich um 10,8 Prozent zurück.** Der **Rückgang des Handelsumsatzes betrug 15,1 Prozent**, Dienstleistungen (ohne Handel) verringerten sich um 10,3 Prozent. Der durchschnittliche monatliche Nominallohn sank im Januar 2021 im Vergleich zum Januar 2020 um 3,8 Prozent auf 183.760 Dram (rund 316 Euro). Das Umsatzvolumen im **Außenhandel sank um 16,8 Prozent** (Export minus 11,3 Prozent, Import minus 20 Prozent).

Aserbaidschan: Wirtschaftsminister Mikayil Jabbarov teilte mit, dass sich die **Wirtschaft Aserbaidschans zum Jahresanfang erholt habe.** Nach vorläufigen Daten lagen die Steuereinnahmen um rund 18 Prozent über den erwarteten Zahlen für den Januar 2021. Die zusätzlichen Einnahmen aus dem Nicht-Öl- und Gas-Sektor beliefen sich auf 84,7 Millionen Manat (49,8 Millionen US Dollar).

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Bei der **Sitzung des Arbeitskreises Ukraine am 22. Februar 2021**, die von AK-Sprecher Philip Sweets, HHLA Hamburger Hafen und Logistik AG, geleitet wurde, berichtete der stellvertretende Finanzminister Juri Dragantschuk heute über die Haushaltsprioritäten der Regierung und nahm zu Themen wie der Wechselkurs- und Inflationsentwicklung sowie den Verhandlungen mit dem IWF Stellung. Dr. Bertram von Moltke, der Ständige Vertreter der deutschen Botschaft in Kiew, gab einen Überblick über die politische Situation, den Stand der Reformen und die Corona-Lage im Land. Die Ukraine soll dabei Impfstoffe aus der internationalen COVAX-Fazilität erhalten. Alexander Markus, Vorstandsvorsitzender der AHK Ukraine - German-Ukrainian Chamber of Industry and Commerce - berichtete von deutsche Investitionen im Automobil- und Elektronikbereich im Zuge des Nearshorings. „Die Wirtschaft kommt erstaunlich gut durch die Krise“, sagte Markus. Robert Kirchner vom Berlin Economics Team bezeichnete den vergleichsweise moderaten BIP-Rückgang um vier Prozent im Vorjahr als „Zeichen für erfolgreiche Reformpolitik und makroökonomische Stabilität“

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen: Zum ersten Mal in seiner fast 70-jährigen Geschichte lud der **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft am 25. Februar** Mitglieder, Partner und Gäste aus Politik, Wirtschaft und Diplomatischem Corps zu **einem virtuellen Jahresauftakt** ein. Erstmals konnte der Ost-Ausschuss dabei als Gastredner den amtierenden Bundespräsidenten begrüßen. Fast 350 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, die Videobotschaften des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und des Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes sowie das Gespräch zwischen Staatssekretär Miguel Berger (Auswärtiges Amt (Federal Foreign Office Germany) und Geschäftsführer Michael Harms im Online-Auditorium zu verfolgen, sich in der Lounge mit anderen Gästen zu vernetzen und sich in acht Chatrooms zu Regionen und Branchen über aktuelle Themen auszutauschen. Weitere Informationen finden Sie unter <https://bit.ly/3dOkObj>

Am **2. März 2021 tagte der Arbeitskreis Südkaukasus im Ost-Ausschuss** unter Leitung seines Sprechers Andreas Räschmeier, CEO der Veridos GmbH. Armenien, Aserbaidschan und Georgien haben mit staatlichen Programmen auf die Wirtschaftskrise durch Covid-19 reagiert. Insbesondere Georgien und Aserbaidschan wollen die Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften noch stärker verfolgen und die Abhängigkeit von Tourismus/Dienstleistungen bzw. dem Öl- und Gassektor minimieren. Armenien setzt auf seinen leistungsfähigen IT Sektor und hat die Staatsausgaben stark erhöht. Das Land leidet allerdings unter den Folgen der kriegerischen Handlungen um Berg-Karabach mit Aserbaidschan im Herbst 2020 und den daraus folgenden innenpolitischen Auseinandersetzungen. Auch Georgien ist nach den Wahlen in eine politische Krise geraten.

Termine

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **5. März 2021 – Pushing Eastern Europe Forward:** Schwerpunkt Finanzierung, u.a. mit Matteo Patrone, Managing Director Eastern Europe & Caucasus, European Bank für Reconstruction and Development; Mehr Informationen [hier](#).
- **German Ukrainian Digital Partnership**
 - #1 AgriTech – **10. März** – Anmeldungen über www.gu-dp.cpom
 - #2 Robotics & Automation – **Mitte April**
 - #3 e-health – **Anfang Juni**
 - #4 Education & HR – **Ende Juni**



Diese Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** findet in Kooperation mit den IT Clustern Kiew, Charkiw und Dnipro, der Lwiw Startup School, der Ukrainian Venture Capital Association und der AHK Ukraine sowie NRW.Global Business statt.

- **19. März 2021 – 4. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum**, mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Ministerpräsident der Ukraine Denys Schmyhal, weiteren ukrainischen Ministern sowie Experten im Rahmen von vier Fachforen (Industrie/Digitalisierung, Agrarwirtschaft, Energie sowie Logistik/Infrastruktur).
- Save the date: **23. März 2021** - Agrarpanel zur georgischen Agrarwirtschaft
- **24. März 2021: Morning Briefing** zum aktuellen Status belarussischen IT Wirtschaft; Anmeldungen sind möglich über www.events-belarus.com

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshon: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covidconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Die Forschungsstelle der Universität Bremen hat am 17. Februar 2021 die **Ukraine Analysen mit dem Schwerpunkt Energiewirtschaft** veröffentlicht. Im Zentrum steht eine kritische Analyse der Energiepolitik von Präsident Selenski, der Kohleausstieg, die Erdgaspolitik und Fragen zur Entwicklung Erneuerbarer Energien.

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien: <https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshon <https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus <https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien <https://tiflis.diplo.de/ge-de>

- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)